



DIE INDUSTRIE IST STARTKLAR!

Wie die Industriestrategie den Weg
zum Aufschwung ebnen kann



INTERVIEW

OPEC-Generalsekretär über den Ölmarkt
und Energiepolitik

Seite 2



OBERÖSTERREICH

Humanoide Roboter im Anmarsch

Seite 11

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

FORSCHUNG

Österreich feiert 100 Jahre
Quantenwissenschaften

Seite 5

„Nachfrage nach Erdöl wird nicht nachlassen“

Haitham Al Ghais ist Generalsekretär der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) und spricht im Interview über die Auswirkungen der Trump’schen Energiepolitik sowie darüber, wie ein steigender Ölverbrauch mit den Klimazielen zusammenpasst.



Haitham Al Ghais verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Erdölindustrie.

Unter dem Motto „Drill Baby Drill“ will US-Präsident Donald Trump die amerikanische Öl- und Gasproduktion radikal steigern. Welche Auswirkungen hat das auf den Weltmarkt?
S. E. Haitham Al Ghais: Die USA sind heute der größte Ölproduzent weltweit und ein wichtiger Teil des globalen Ölmarkts. Die OPEC wird auch weiterhin sorgfältig beobachten, wie die Unternehmen dort ihre Rohölressourcen entwickeln. Wie in allen Ländern hängt auch in den USA die Entwicklung der Produktion von einer Reihe von Faktoren ab, wie etwa Technologien, Infrastrukturen, Finanzsystemen – und letztlich der Wirtschaft.

Für uns ist es wichtig zu betonen, dass wir alle verschiedenen Einflüsse auf den globalen Ölmarkt überwachen. Das ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass wir das Ziel eines ausgewogenen Markts und einer nachhaltigen Marktstabilität im Blick behalten.

Die Idee des „Peak Oil“ ist so alt wie die Geschichte der Ölförderung selbst. Wir hören immer wieder, dass die weltweite Nachfrage nach Öl wahrscheinlich sinken wird. Der World Oil Outlook 2024 kommt jedoch zu einem anderen Schluss und prognostiziert einen Anstieg bis 2050. Warum erwarten Sie einen solchen Anstieg?
Es gibt mehrere Gründe, warum wir keinen Höhepunkt der Ölnachfrage am Horizont sehen. Der erste Grund liegt in der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung – die Weltbevölkerung

wird bis 2050 voraussichtlich auf 9,7 Milliarden Menschen ansteigen. Die Verstärkung wird sich wahrscheinlich verstärken: Bis 2050 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben. Die Größe der Weltwirtschaft wird sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln. Es wird erwartet, dass bis 2030 fünf Milliarden Menschen der Mittelschicht angehören werden – heute sind es noch über vier Milliarden. Es ist wahrscheinlich, dass all dies mit einem erheblichen Anstieg des Energieverbrauchs und damit auch des Ölverbrauchs einhergehen wird.

Es ist ein Mythos, dass neue Energiequellen automatisch ältere ersetzen. Die Realität sieht anders aus. Die Welt verbraucht heute mehr Kohle, Öl, Gas, Holz und Strom als je zuvor. In vielerlei Hinsicht stimuliert das Wachstum einer Energiequelle das Wachstum einer anderen. So werden zum Beispiel erdölbetriebene Maschinen und aus Erdöl gewonnene Produkte bei der Herstellung und Installation von Windturbinen, Solaranlagen und anderen erneuerbaren Energiequellen verwendet. Sie werden in Lithium-Ionen-Batterien und im gesamten Stromnetz verwendet.

Darüber hinaus müssen wir die Vielzahl an Erdöl- und erdölbasierten Produkten berücksichtigen, die wir alle im täglichen Leben verwenden – angefangen bei Verkehrsmitteln, die mit Benzin, Diesel oder Düsentreibstoff angetrieben werden. Kunststoffe, die in Laptops, Computern und Fernsehbildschirmen verwendet werden, basieren ebenso häufig auf Erdöl

wie Produkte, die in der medizinischen Versorgung und in Krankenhäusern zum Einsatz kommen. Hinzu kommen Verpackungen, die Lebensmittel vor dem Verderben bewahren, sowie landwirtschaftliche Produkte und Haushaltsgegenstände.

Angesichts all dieser Faktoren ist es nachvollziehbar, dass die Nachfrage nach Erdöl auch in den kommenden Jahrzehnten nicht nachlassen wird.

Wie passen die Erwartungen der OPEC an einen weiteren Anstieg des Ölverbrauchs mit den Pariser Klimazielen zusammen?
Zunächst einmal ist hervorzuheben, dass die OPEC das Pariser Abkommen voll und ganz unterstützt, da die Mitgliedsländer das Abkommen unterzeichnet und ratifiziert haben. Ebenso wichtig zu betonen ist, dass die Pariser Klimaziele die Reduktion von Emissionen betreffen, nicht den Ersatz oder die Bevorzugung bestimmter Energiequellen. Der Klimaschutzprozess ist nicht dazu gedacht, politische Richtlinien vorzugeben. Die Ölindustrie muss zur Emissionsreduktion beitragen – durch Investitionen in Technologien wie Kohlenstoffabscheidung, -nutzung und -speicherung, durch Effizienzsteigerung, die Reduktion von Methanemissionen und andere innovative Lösungen. Unsere Mitgliedsländer sind auch führend bei Investitionen in erneuerbare Energien.

Zudem sollte man die Agenda für nachhaltige Entwicklung der Verein-

ten Nationen nicht außer Acht lassen. Diese Agenda hat das Ziel, den Zugang zu erschwinglicher, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle zu gewährleisten. Rund 685 Millionen Menschen weltweit haben immer noch keinen Zugang zu Elektrizität und etwa 2,1 Milliarden haben keinen Zugang zu sauberen Brennstoffen zum Kochen. Diese Menschen dürfen in unserer Energiezukunft nicht vergessen werden.

Deshalb müssen politische Entscheidungsträger sorgfältig abwägen, wie sie Emissionen senken wollen, ohne dabei die Energieversorgungssicherheit zu gefährden oder bestehende Ungleichheiten zu verschärfen. Eine universelle Lösung für das Klimaproblem gibt es nicht.

Welche Rolle spielen erneuerbare Energiequellen innerhalb der OPEC und wie wichtig sind Investitionen in diesem Bereich aus Sicht der Mitgliedsstaaten?
Wir betrachten erneuerbare Energien als entscheidend für unsere Energiezukunft. Alle Energiequellen sind wichtig. Aus Sicht der OPEC berichtete die „Financial Times“ kürzlich, dass der Nahe Osten heute der am schnellsten wachsende Markt für erneuerbare Energien außerhalb Chinas ist, wobei Masdar in den Vereinigten Arabischen Emiraten, ACWA Power in Saudi-Arabien und andere OPEC-Mitgliedsländer eine Vorreiterrolle spielen. Die OPEC weiß, wie wichtig ein ausgewogener Ansatz ist.

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass Wind- und Solarenergie derzeit nur etwa vier Prozent der weltweiten Energieversorgung ausmachen. Die globale Verbreitung von Elektrofahrzeugen liegt zwischen zwei und drei Prozent, obwohl in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als 9,5 Billionen Dollar in den „Energiewandel“ investiert wurden.

Wir begrüßen die Fortschritte bei den erneuerbaren Energien und den Elektrofahrzeugen, aber sie reichen bei Weitem nicht aus, um 80 Prozent des Energiemixes zu ersetzen. Darüber hinaus bleiben die Stromnetze, die Kapazitäten zur Herstellung von Batterien und der Zugang zu wichtigen Mineralien eine große Herausforderung.

ZUR PERSON

Haitham Al Ghais ist seit 2022 Generalsekretär der OPEC. Er verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung in der Erdölindustrie und war in führenden Positionen bei der Kuwait Petroleum Corporation tätig. Von 2017 bis 2021 stand er dem technischen Komitee der OPEC+ vor und war in verschiedenen internationalen Gremien aktiv.

Eine Industriestrategie, die den Namen auch verdient!

Eine kluge Industriepolitik gibt Vertrauen in den Standort, stärkt aber auch die Identität des Landes und den Zusammenhalt. Ein Versprechen muss sein, dass in Österreich 2030 noch mehr Menschen in attraktiven und gut bezahlten Jobs in der Industrie arbeiten können.



Dass Wirtschaft zu 50 Prozent Psychologie ist, soll schon der ehemalige deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard gesagt haben, der als Schöpfer des „Wirtschaftswunders“ der Nachkriegsjahre und Mitarchitekt der Sozialen Marktwirtschaft gilt. Und er hatte naturgemäß recht – Menschen, die sich wirtschaftlich unsicher fühlen, konsumieren weniger, und Unternehmen, die von einer unsicheren wirtschaftlichen Lage und fehlender Planungssicherheit ausgehen, investieren weniger. Wirtschaftspolitik muss daher ein stabilisierender Anker sein, verlässlich und nachvollziehbar. Und sie sollte eine Vision bieten, die Menschen, Politik und Unternehmen eint und Vertrauen in die Zukunft gibt.

Angesichts der auf dem Tisch liegenden Inhalte (nicht nur von der IV erarbeitet) für eine Industriestrategie wurde die wohl nicht unberechtigte Frage gestellt, warum es nun der Erarbeitung einer neuen Industriestrategie für Österreich bedarf – doch wenn dieser möglichst kurze Prozess ein

breites gemeinsames Zukunftsbild und Bewusstsein schafft, kann dies sinnvoll sein. Die industrielle Produktion ist der Kern der heimischen Wirtschaft und wirkt weit über sich selbst hinaus – in den Mittelstand, die Zulieferbetriebe und in breite Teile der Gesellschaft. Die Industrie, das sind Unternehmen, die oft historisch tief in diesem Land verwurzelt sind; der produzierende Sektor, das sind rund eine Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die stolz darauf sind, dort zu arbeiten. Industriepolitik gibt Vertrauen in den Standort, stärkt aber auch die Identität des Landes und den Zusammenhalt.

Dem Industrieland Österreich droht jedoch der Atem auszugehen. Der Internationale Währungsfonds sagt dem Land heuer als einem der wenigen weltweit ein negatives Wirtschaftswachstum voraus – schon wieder. Während andere Volkswirtschaften in Europa langsam wieder auf einen Wachstumskurs einschwenken, rangiert Österreich in dem Ranking neben Staaten wie Venezuela, dem Sudan, dem Jemen oder Haiti. Wir brauchen dringend einen über-

zeugenden Plan, der Menschen und Unternehmen wieder Zuversicht gibt. Die Industriestrategie darf kein Papier voller leerer Versprechen werden – wir brauchen unter anderem klare Signale in den großen Problemfeldern, die die Industrie beschäftigen: leistbare Energie, ein schlanker und verlässlicher regulatorischer Rahmen und Entlastungen, die uns im weltweiten Wettbewerb stärken (Stichwort Lohnstückkosten). Wir müssen weiter in die Zukunft investieren, hochattraktiv für Zukunftsbranchen und -entwicklungen in Österreich sein. Die Industriestrategie muss ihren Namen auch verdienen.

Ja, der Staat muss lernen, mit weniger Ausgaben bessere Leistungen zu erbringen. Jeder Unternehmer weiß, dass das machbar ist und dass man Menschen gut auf diese Reise mitnehmen kann, wenn man spürbar macht, wofür es gut ist. Was also ist die Vision für Österreichs Industrie und Wirtschaft? Österreich soll weltweit gefragt sein für seine industriellen Stärken – für seine innovative Bahnindustrie, für moderne

Biotechnologie, für den Maschinenbau der Zukunft, Technologien und Komponenten für die Energiewende und für den Einsatz künstlicher Intelligenz, um noch bessere Leistungen erzielen zu können.

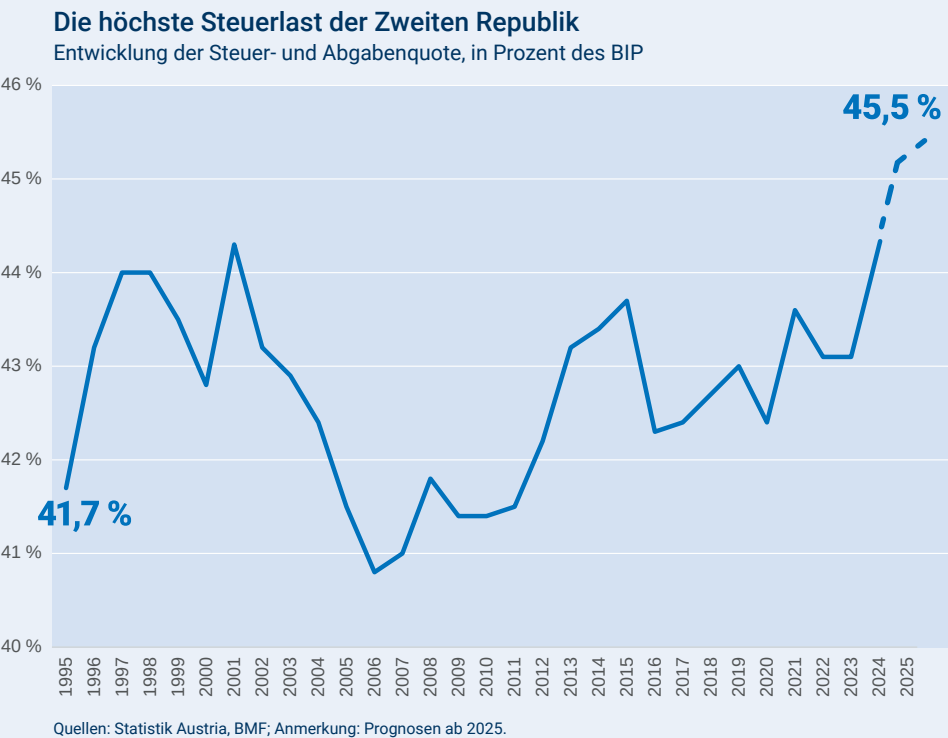
Das Versprechen muss sein, dass in Österreich 2030 noch mehr Menschen in attraktiven und gut bezahlten Jobs in der Industrie arbeiten können. Wir sind stolz auf „Made in Austria“ und wollen mit effizienten und umweltfreundlichen Produkten am Weltmarkt wieder an die Spitze der Industrieländer aufschließen. Wir werden als Industriellenvereinigung genau darauf achten, dass dafür nun die richtigen strategischen Weichen gestellt werden.

Ihr

Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Die Steuer- und Abgabenlast klettert 2025 auf 45,3 Prozent des BIP (2024: 44,5 Prozent) und erreicht 2026 mit 45,5 Prozent einen historischen Höchstwert in der Zweiten Republik. Das ergibt der Prognosepfad des Doppelbudgets 2025/26. Durch neue Steuern und Steuererhöhungen fließen etwa 1 Mrd. Euro (2025) bzw. 2,2 Mrd. Euro (2026) zusätzlich in die Staatskasse. Von höheren Abgaben besonders betroffen sind Energieunternehmen und Banken.



Zahl des Monats

38

freie Tage im Jahr können Österreicher mindestens genießen – 25 Tage Mindesturlaubsanspruch sowie 13 gesetzliche Feiertage bedeuten einen Rekordwert in Europa. Nur Malta (42 Tage) und Schweden (38 Tage) liegen vor bzw. gleichauf mit Österreich. In vielen europäischen Ländern hängt der tatsächliche durchschnittliche Urlaubsanspruch von weiteren Faktoren wie geleisteten Arbeitsjahren oder der Branche ab.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV/Matanovic, Philipp Horak, OPEC, ÖAW, JI/Junge Industrie, Schedl Fitte Fachhochschulen, Katharina Schiffl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



SCHWEDENS EU-MINISTERIN ZUM AUSTAUSCH IN DER IV

Die schwedische EU-Ministerin Jessica Rosencrantz war Mitte Mai zu Besuch im Haus der Industrie. Im Austausch mit IV-Präsident Georg Knill sowie Vertretern und Vertreterinnen österreichischer Industriebetriebe wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig ein gemeinsames europäisches Verständnis für die Herausforderungen und Chancen der Industrie ist.

Um unsere wirtschaftliche Resilienz zu stärken und neue Märkte zu erschließen,

braucht es konkrete Fortschritte bei Freihandelsabkommen, etwa mit Mercosur und Indien. Gleichzeitig muss Europa den Bürokratieaufwand für Unternehmen spürbar reduzieren – nur so wird Raum für Innovation und unternehmerisches Handeln geschaffen. Nachhaltigkeit darf dabei nicht im Widerspruch zur Wettbewerbsfähigkeit stehen. Beides gehört zusammengedacht, wenn Europa langfristig erfolgreich und klimaneutral wirtschaften will.



Expertenmeinung von ALFRED HEITER

Steuerpolitik auf Konsolidierungskurs

Das Budgetbegleitgesetz 2025 bringt umfassende steuerliche Änderungen, die die Abgabenquote weiter steigen lassen. Ein Überblick zu den Maßnahmen.

Nach den ersten Konsolidierungsmaßnahmen durch das Bundessanierungsmaßnahmengesetz (BSMG) folgt mit dem Entwurf zum Budgetbegleitgesetz 2025 – Abgabenrecht (BBG) der nächste Schritt. Trotz des unbestrittenen Konsolidierungsbedarfs sind einzelne Maßnahmen jedoch kritisch zu hinterfragen.

Wegzugsbesteuerung gestoppt
Die Wegzugsbesteuerung wurde bislang weder im BSMG noch im BBG verankert. Sie ist zwar laut Regierungsprogramm Teil des Maßnahmenpakets zur Betrugsbekämpfung, ihre Umsetzung konnte jedoch abgewendet werden.

Verschärfung bei Grunderwerbsteuer und Share Deals
Eine der größten Änderungen des BBG betrifft Immobiliengeschäfte: Die Schwelle, ab der Grunderwerbsteuer bei Vereinigungen anfällt, wird von 95 % auf 75 % gesenkt, und künftig sind auch mittelbare Anteilsverschiebungen relevant. Zudem wird die Steuerbemessungsgrundlage bei Immobiliengeschäften von 0,5 % auf 3,5 % des gemeinen Werts angehoben.

Anpassungen bei Energiekrisenbeitrag und Investitionsabzügen
Der Höchstbetrag des Absetzbetrags für begünstigte Investitionen im EKB-S wird von 72 auf 20 Euro je MWh gesenkt. Auch

der Abzug im EKB-F wird von 17,5 % auf 5 % reduziert.

Weitere steuerliche Änderungen
Für Umwidmungen seit Januar 2025 gilt ein Zuschlag von 30 % auf Veräußerungseinkünfte aus Grund und Boden. Die Stiftungseingangssteuer wird von 2,5 % auf 3,5 % erhöht. Arbeitgeber können ihren Arbeitnehmern 2025 eine steuerfreie Prämie von bis zu 1.000 Euro gewähren; ab 2026 wird der Pendlereuro auf 6 Euro je Entfernungskilometer erhöht. Die Inflationsanpassung soll für die Jahre 2026 bis 2029 nur im Ausmaß von zwei Dritteln erfolgen; Glückspielabgaben bei Lotterien und Onlinegaming werden angehoben.



Alfred Heiter, Leiter des IV-Bereichs Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik.

Fazit
Das BBG 2025 bringt umfassende steuerliche Änderungen, die die Abgabenquote weiter erhöhen werden, statt sie zu senken. Durch den Einsatz der Industriellenvereinigung konnten die Maßnahmen im Vergleich zum ersten Entwurf allerdings deutlich entschärft werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Maßnahmen die richtige Lösung für die Konsolidierung des Bundeshaushalts darstellen und gleichzeitig die wirtschaftliche Stabilität sowie zukunftsfähige Rahmenbedingungen für den Standort sichern.



Danai Budas, stv. Leiterin IV-Bereich Internationale Beziehungen & Märkte.

Expertenmeinung von DANAI BUDAS

Wachstumsmärkte in Afrika – lohnt es sich, aktiv zu werden?

Ein zentraler Faktor, um Aktivitäten in afrikanischen Ländern attraktiver zu gestalten, ist die Gewährleistung von Rechtssicherheit. Ein wichtiges Instrument dafür sind bilaterale Investitionsschutzabkommen.

Der afrikanische Kontinent verfügt über die jüngste und am schnellsten wachsende Bevölkerung der Welt: Bis 2050 wird die Einwohnerzahl von 1,5 Milliarden Menschen auf voraussichtlich fast 2,5 Milliarden steigen. 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt und drängen auf den Arbeitsmarkt. Afrika ist nach Asien der zweitschnellste Kontinent, mit Wachstumsraten, die sich deutlich über dem

weltweiten Durchschnitt befinden. Hinzu kommen für die Industrie wesentliche Rohstoffvorkommen, unter anderem die weltweit größten Reserven an Kobalt. Auf der anderen Seite sind jedoch Unternehmen in vielen afrikanischen Ländern mit großen Herausforderungen wie politischer Instabilität, mangelnder Rechtssicherheit und Korruption konfrontiert. Lohnt es sich also, in Afrika aktiv zu werden? Die Volksrepublik China hat diese Entscheidung für sich klar getroffen und ist bereits der größte Handelspartner Afrikas;

im Rahmen der Seidenstraßeninitiative ist China zudem in vielen Ländern Afrikas der größte Investor. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Infrastrukturprojekten und dem Abbau von Rohstoffen. In Zeiten des verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums und des steigenden Protektionismus sollte sich Europa die Frage stellen, ob man das Feld China überlassen will. Ein zentraler Faktor, um Aktivitäten in afrikanischen Ländern attraktiver zu gestalten, ist die Gewährleistung von Rechtssicherheit. Ein wichtiges Instrument dafür sind

bilaterale Investitionsschutzabkommen. Mit sieben afrikanischen Staaten hat Österreich bereits Investitionsschutzabkommen abgeschlossen, welche heimische Investitionen vor Ort absichern. Dieses bestehende Netz sollte nun weiter ausgebaut werden. Um darüber hinaus Wettbewerbsvorteile für österreichische und europäische Unternehmen zu schaffen, ist der Abschluss weiterer EU-Handelsabkommen wesentlich. Mit 19 afrikanischen Staaten sind bereits Handelsabkommen in Kraft, die verbesserten Marktzugang sicherstellen.

Österreich feiert 100 Jahre Quantenwissenschaften

Gregor Weihs ist Quantenphysiker und Vizerektor der Universität Innsbruck. Anlässlich des „Quantenjahrs“ spricht er im Interview über Quantenforschung und die Anwendung von Quantentechnologie in der Industrie.



Gregor Weihs ist Vizerektor für Forschung und Professor für Photonik an der Universität Innsbruck. Davor forschte er u. a. an der Stanford University und war Vizepräsident des Wissenschaftsfonds FWF. Er leitet den FWF-geförderten Exzellenzcluster „Quantum Science Austria“.

Herr Vizerektor Weihs, Sie leiten den Exzellenzcluster für Quantenforschung. Woran arbeiten die Forschenden aktuell und welche zukünftigen Entwicklungen erwarten uns?

Generell geht es im Exzellenzcluster um grundlegende Fragen der Quantenwissenschaften; so etwa um die Kompatibilität der Konzepte von Raum, Zeit und Gravitation mit der Quantenphysik. Es ist vielleicht bekannt, dass wir keine Quantentheorie der Gravitation haben. Einsteins Relativitätstheorie und die Quantenphysik haben aber in kosmischen Phänomenen wie schwarzen Löchern

Berührungspunkte, die wir mit dem heutigen Wissen nicht beschreiben können. Eine Masse zieht eine andere an. Was passiert aber, wenn die eine Masse an zwei Orten gleichzeitig ist, wie es die Quantenphysik erlaubt? Ist dann auch das Gravitationsfeld in einer Überlagerung von zwei Richtungen und heißt das, dass die Geometrie des Raums selbst nicht mehr eindeutig ist? Das sind extrem spannende Fragen, und moderne Experimente in unseren Labors könnten darauf Antworten geben, mit denen man vielleicht einmal klären kann, ob es möglich ist, in der Zeit zu reisen. Ebenso fundamentale Fragen zur Zukunft der Quanteninformationsverarbeitung oder zur Quantenphysik von Vielteilchensystemen beschäftigen die österreichische Quanten-Community.

Wie ist aus Ihrer Sicht der aktuelle Status der zukünftigen Anwendungen von Quantentechnologien in der Industrie?

Man kann schon heute von Dutzenden Anbietern – auch österreichischen – Quantencomputer kaufen, die nicht mehr nur Spielerei sind, sondern durch ihre Quanten-Rechenleistung in bestimmten Bereichen ernsthafte Entwicklungen ermöglichen könnten. Wirtschaftlich mag das für einen Betrieb noch uninteressant sein, aber der Tag, an dem in der Materialforschung oder Chemie spezielle Simulationen auf einem Quantencomputer wirklich effizienter laufen als auf einem herkömmlichen Supercomputer, ist wohl nicht mehr weit. Noch weiter ist die Quantenkryptografie, insbesondere

die Erzeugung von abhörsicheren, geheimen Schlüsseln an zwei Orten, mithilfe derer jegliche Information absolut sicher verschlüsselt werden kann. Solche Nachrichten sind auch sicher gegen einen Angriff mit Quantencomputern, die die derzeit im Internet verwendeten Public-Key-Methoden knacken könnten und damit eine ernsthafte Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen. Die erhältlichen Systeme lassen sich bereits relativ problemlos in existierende Kommunikationsinfrastruktur integrieren, die Hürde ist also nicht mehr sehr hoch.

Europa kann eine führende Rolle in der Quantentechnologie einnehmen und technologisch unabhängig sein. Was kann die Industrie heute konkret dafür tun?

Die existierende Industrie kann sich sowohl als Zulieferer von Komponenten und Instrumenten als auch als Abnehmer von Quantentechnologien einbringen. Quantentechnologien brauchen Spitzentechnologien bei Werkstoffen, Elektronik, Nanofabrikation, Photonik, in Präzisionsfertigung und Automatisierung – in allen diesen Bereichen hat Europa große Leitbetriebe und mittelständische Spezialisten, die in ihrer Branche Weltmarktführer sind. Jedes interessierte Unternehmen kann Mitglied im Quantum Industry Consortium des europäischen Quanten-Flaggschiff-Programms werden und dort am Puls der Entwicklung mitwirken.

Wien ist inzwischen ein international bekannter Startup-Standort. Wie profi-

tieren etablierte Unternehmen und Startups voneinander – und welchen Beitrag leistet die „ViennaUP“?

Startups bringen disruptive Ideen in etablierte Branchen. Sie ermöglichen es bestehenden Unternehmen, zukunftsweisende Technologien und Produkte schneller in vorhandene Strukturen zu integrieren. Gelingt das Zusammenspiel zwischen renommierten Betrieben und innovativen Startups, ist das ein entscheidender Wettbewerbsvorteil für eine Stadt. Gemeinsam mit der IV-Wien haben wir in den letzten Jahren viel für den Wirtschaftsstandort Wien erreicht; nicht zuletzt durch den Imageturbo „ViennaUP“, das internationale Startup-Festival, das Gründer, Investoren, Talente und Kreative aus aller Welt nach Wien bringt. „ViennaUP“ bietet weit mehr als nur eine Konferenz: Der hohe internationale Anteil von 55 Prozent beweist, dass das Festival den Nerv der internationalen Startups trifft. Alle Events im Rahmen des Events werden von der Community für die Community gestaltet und sind thematisch breit gefächert – dieses Konzept ist einzigartig und hat uns in die Top-Liga der internationalen Startup-Festivals katapultiert: 2025 wurden wir vom anerkannten Index „StartupBlink“ zur Nummer drei der europäischen Startup-Festivals gewählt.



WEBTIPP

www.quantumscience.at

Aktuelles in Kürze

Mit MINT zu den coolsten Jobs der Welt

Kann man einen „Puch Haflinger“ mit einem Elektroantrieb ausstatten? Lässt sich ein Puppenhaus klimatisieren? Muss man löten oder kann man auch kneten? Das waren nur einige der spannenden Fragen, auf die die Gewinnerinnen der diesjährigen MINT-Girls Challenge mit kreativen Ideen und Prototypen aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) antworteten. Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF) und Staatssekretärin Elisabeth Zehetner (BMWET) zeigten sich von den 245 Einreichungen von rund 1.900 Mädchen und Burschen ebenso beeindruckt wie IV-Vize-Gene-

ralsekretärin Claudia Mischensky, die die Mädchen motivierte, eine Karriere im MINT-Bereich einzuschlagen: „Nie gab es größere Chancen durch MINT als heute, denn es gibt kaum mehr einen Beruf, der ohne Technik auskommt. MINT macht den Weg frei für die coolsten Jobs der Welt: spannend, gut bezahlt und mit dem Potenzial, die Welt zu verbessern!“ Neben Sachpreisen wurden die Gewinnerinnen wieder mit MINT-Erlebnissen in Industrie-Leitbetrieben belohnt, um Technik von morgen hautnah erleben zu können.

Weitere Infos:
www.mintgirlschallenge.at

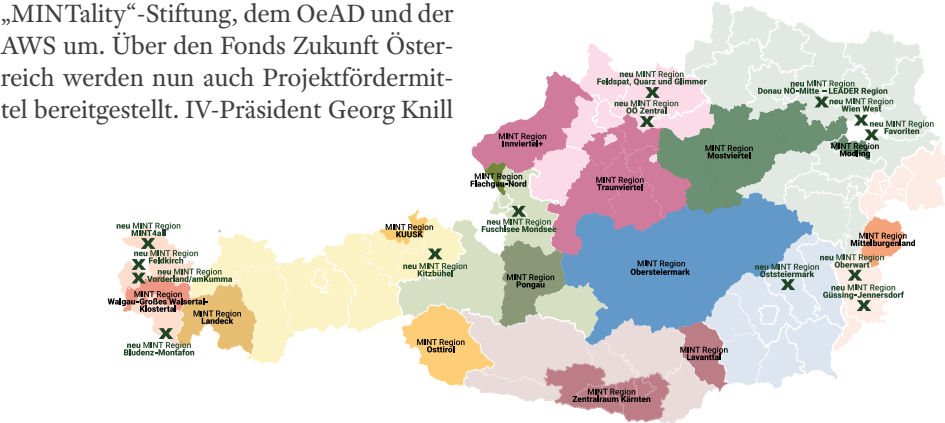


28 MINT-Regionen heben Technikbegeisterung auf eine neue Ebene

Die Zahl der MINT-Regionen in Österreich hat sich auf 28 verdoppelt. Über 850 Akteure aus Bildung, Wissenschaft, Unternehmen, kommunaler Verwaltung und privaten Vereinen koordinieren damit ihre MINT-Aktivitäten in regionalen Netzwerken, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Wissenschaftskepsis abzubauen. Zu den 14 MINT-Regionen des ersten Calls im Jahr 2023 kommen nach Abschluss des zweiten Calls nun 14 weitere Netzwerke hinzu. Die IV hat diese Leuchtturminitiative mitinitiiert und setzt sie gemeinsam mit dem BMFWF, der „MINTality“-Stiftung, dem OeAD und der AWS um. Über den Fonds Zukunft Österreich werden nun auch Projektfördermittel bereitgestellt. IV-Präsident Georg Knill

zeigte sich erfreut, dass auch über 200 Unternehmen an der Initiative mitwirken: „Mit den MINT-Regionen haben wir einen Gamechanger geschaffen, der die Förderung der MINT-Begeisterung auf eine neue Ebene hebt. Dies ist entscheidend, denn MINT ist unser Trumpf für die Zukunft, den wir alle gemeinsam ausspielen müssen!“ Nun will man sich noch stärker für eine weitere Imageaufwertung der Berufsbildung einsetzen.

Weitere Infos:
www.mint-regionen.at



Die Industrie ist startklar

Die wirtschaftliche Lage Österreichs ist sehr ernst, aber sie ist nicht aussichtslos. Es braucht ein konsequentes Maßnahmenpaket, das Standort, Innovation und Unternehmertum stärkt. Die hausgemachten Probleme müssen rascher gelöst werden. Eine starke Industriestrategie bietet dazu einen belastbaren Rahmen.

Österreichs Wirtschaft steht unter Druck. Während andere EU-Länder moderat wachsen oder sich aus der Konjunkturdelle des Jahres 2023 befreien, rutscht die Alpenrepublik immer tiefer in eine Wachstumsschwäche. Laut aktueller Prognose der EU-Kommission wird Österreich 2025 das einzige EU-Mitglied mit einem BIP-Rückgang sein – und das bereits im dritten Jahr in Folge. Der Präsident der Industrielnenvereinigung, Georg Knill, findet klare Worte: „Österreichs Wirtschaft braucht dringend einen Befreiungsschlag.“

Im ersten Quartal hat sich die Stimmung in der Industrie zwar leicht aufgehellt, insgesamt reichen die Signale aber noch nicht aus, um ins Wachstum zu drehen. Ökonomen gehen bereits davon aus, dass die Wirtschaft in den kommenden Quartalen wieder in den negativen Bereich drehen wird. Auch in der Konjunkturumfrage der IV verbesserte sich die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage im ersten Quartal erstmals seit 18 Quartalen, aber zentrale Indikatoren wie die Produktionserwartungen verharren noch in negativem Territorium. Seit Jahresbeginn haben handelspolitische Konflikte weiter zugenommen, und auch für den Zollstreit mit den USA zeichnet sich keine schnelle Lösung ab.

„Wir sind zu einem der teuersten Produktionsstandorte Europas geworden und haben dadurch weltweit Wettbewerbsanteile verloren.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Die Probleme in Österreich sind allerdings strukturell und hausgemacht: Hohe Energiepreise, Lohnstückkosten über dem EU-Schnitt und eine weiterhin dichte regulatorische Landschaft setzen dem Standort zu.

„Wir sind zu einem der teuersten Produktionsstandorte Europas geworden und haben dadurch weltweit Wettbewerbsanteile verloren“, warnt Knill. „Es braucht wieder Rahmenbedingungen, die stimmen – und den Mut, an den echten Schrauben zu drehen.“

Wachstum ohne Substanz

Die Budgetrede von Finanzminister Markus Marterbauer lieferte erste Ansätze. Doch strukturelle Antworten auf tiefgreifende Probleme blieben weitgehend aus. Die IV sieht zwar Fortschritte (etwa bei Investitionen in Bildung und Forschung), aber keine echte Strategie gegen die wirtschaftliche Erosion. Kurzfristig werden durch einnahmenseitige Maßnahmen Spielräume geschaffen, die jedoch kaum als nachhaltig zu bezeichnen sind. „Österreich hat mit der zweithöchsten Einnahmenquote Europas kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Trotz Rekordinnahmen durch Steuern und Abgaben bleibt das strukturelle Defizit bis 2029 auf hohem Niveau. Die Abgabenquote steigt sogar weiter auf über 45 Prozent – während Entlastungen für Unternehmen ausbleiben.

Rasche und kluge Industriestrategie als Hoffnungsträger

Erste Offensivmaßnahmen der Regierung reichen kaum, um dem Standort zu altem Glanz zu verhelfen. Arbeitsmarktpolitische Akzente wie das Ende der Zuverdienstmöglichkeit zum Arbeitslosengeld oder ein steuerfreier Mitarbeiterbonus werden ergänzt durch kleinere Maßnahmen für mittelständische Unternehmen wie die NoVA-Befreiung für Transporter. Hoffnungsträger für die Industrie bleibt die Industriestrategie, die die Regierung bis Jahresende vorlegen will. Aus Sicht der Industrie ist längst klar, welche Themen darin adressiert werden müssen, um Österreich wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen: Allein seit 2020 hat die IV insgesamt sechs Industriestrategien formuliert. Als Gedankenstütze für den Strategieprozess veröffentlicht die Organisation diese Strategien seit 2020 in einem eigenen Druckwerk.

Zentral für die kurzfristige Stabilisierung sind Energie- und Standortkosten, ein verlässliches Regulierungsumfeld sowie ein Digitalisierungsschub in Verwaltung und Industrie. Besonders dringlich sei die

„Österreich hat mit der zweithöchsten Einnahmenquote Europas kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Verlängerung der Strompreiskompensation für energieintensive Betriebe.

Fachkräfte, Kapital, Technologie

Mittelfristig muss der Fokus auf dem Arbeitsmarkt und Investitionsbedingungen liegen; mit Lehrlingshubs, digitalen Weiterbildungsangeboten und steuerlichen Anreizen für Eigenkapital als Fundament für künftige Wettbewerbsfähigkeit. Hochattraktive Abschreibungsmöglichkeiten oder die Investitionsprämie, ein zentrales Instrument der letzten Jahre, müssten laut IV neu aufgestellt und ausgebaut werden.

Für den langfristigen Erfolg braucht es schließlich eine Technologieoffensive, noch mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung mit einer Forschungsquote von vier Prozent des BIP sowie eine Entbürokratisierung des Standorts. Viele dieser Maßnahmen seien kofinanzierbar über EU-Programme – etwa über die RRF (Recovery and Resilience Facility) oder Horizon Europe. „Wir lassen viel Potenzial auf EU-Ebene liegen“, warnt Neumayer. „Dabei könnten gerade diese Hebel Österreich wieder an die Weltspitze bringen.“

Reformen statt Symbolpolitik

Ein zentrales Manko bleibt laut IV die Reformschwäche im System. „Systemreformen vor Steuererfindungen, Standortentlastung vor Symbolpolitik – das muss die Maxime sein“, fordert Neumayer. Dazu zählen eine nachhaltige, faire Pensionsreform, Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und die Stärkung des Kapitalmarkts – etwa durch die Wiedereinführung der Behalterfrist oder bessere Rahmenbedingungen für Private Equity.

Die wirtschaftliche Lage Österreichs ist ernst, aber nicht aussichtslos. Es braucht

ein konsequentes Maßnahmenpaket, das Standort, Innovation und Unternehmertum stärkt. Eine starke Industriestrategie bietet dazu einen belastbaren Rahmen.

Der wirtschaftspolitische Kompass ist derzeit zu stark auf kurzfristige Umverteilung ausgerichtet statt auf langfristiges Wachstum. „Wir müssen aufhören, nur Symptome zu behandeln, und anfangen, die Ursachen anzupacken“, so Knill. „Österreich hat die Menschen, die Ideen, die Unternehmen – was fehlt, ist die politische Durchsetzungsfähigkeit.“

„Systemreformen vor Steuererfindungen, Standortentlastung vor Symbolpolitik – das muss die Maxime sein.“

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



GESAMMELTE INDUSTRIESTRATEGIEN 2020 – 2024

Die Zusammenfassung der bisherigen Industriestrategien der IV zeigt, wie wir Österreich als Industriestandort stärken, seine Zukunftsfähigkeit sichern und seine Rolle im internationalen Wettbewerb ausbauen können.



ZEHN HANDLUNGSFELDER FÜR EINE INDUSTRIESTRATEGIE

1

STROMPREIS-KOMPENSATION FÜR ENERGIEINTENSIVE BETRIEBE

Ausweitung der Strompreis-kompensation bis 2030.

Wirkung: Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien.

2

LOHNSTÜCKKOSTEN UND ABGABENQUOTE SENKEN

Die Steuer- und Abgabenquote muss bis 2030 von derzeit 44,5 % auf 40 % gesenkt werden. Die Lohnnebenkosten (LNK) sind um 5 %p höher als in Deutschland. Wir arbeiten zu wenig – das Arbeitsvolumen pro Beschäftigtem ist in den letzten zehn Jahren von 1.548 auf alarmierende 1.448 Stunden gesunken.

Wirkung: Senkung um 1 %p bringt laut Wifo zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,2 % und ein Plus von 11.200 Jobs.

3

EUROPÄISCHE HANDELSPOLITIK AKTIV MITGESTALTEN

Förderung von Freihandelsabkommen, Verhinderung von zentralistischen Mindestlöhnen auf EU-Ebene.

Wirkung: Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auf europäischer Ebene.

4

DEREGULIERUNG UND BÜROKRATIEABBAU

Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, Reduktion von Meldepflichten, Einführung des Once-only-Prinzips.

Wirkung: Entlastung von Unternehmen, Förderung von Unternehmensgründungen.

5

DIGITALISIERUNGSOFFENSIVE

Ausbau von E-Government, Förderung von KI-Anwendungen, Unterstützung von KMU bei der digitalen Transformation.

Wirkung: Steigerung der Effizienz und Innovationskraft der Wirtschaft.

6

ARBEITSMARKTREFORMEN ZUR FACHKRÄFTESICHERUNG

Einführung von „Arbeitslosengeld neu“, Förderung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer, gezielte Qualifizierungsprogramme.

Wirkung: Reduktion des Fachkräftemangels, höhere Beschäftigungsquote.

7

FACHKRÄFTEOFFENSIVE UND BILDUNGSAUSBAU

Einführung einer Bildungspflicht bis 18 Jahre, Ausbau der MINT-Bildung, Förderung von Lehre und dualer Ausbildung.

Wirkung: Langfristige Sicherung des Fachkräftebedarfs.

8

INVESTITIONSANREIZE FÜR UNTERNEHMEN

Wiedereinführung des Investitionsfreibetrags, Verlängerung der Investitionsprämie, steuerliche Anreize für digitale und ökologische Investitionen.

Wirkung: Ankurbelung privater Investitionen, Förderung nachhaltiger Technologien.

9

KAPITALMARKT STÄRKEN

Einführung einer Behalterfrist bei Kapitalerträgen, Förderung von Eigenkapitalfinanzierungen, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Startups, Stärkung der dritten Säule.

Wirkung: Erhöhung der Eigenkapitalquote von Unternehmen, Förderung von Innovation und Wachstum.

10

TECHNOLOGIEOFFENSIVE UND F&E-FÖRDERUNG

Erhöhung der F&E-Quote auf 4 % des BIP, Förderung von Schlüsseltechnologien, Unterstützung von IPCEIs.

Wirkung: Stärkung der Innovationskraft und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.



Wirtschaftswachstum steigern durch kluge Allianzen

Ende April fand der 6. Hochschulpolitische Dialog zum Thema „Kluge Allianzen zwischen Wissenschaft und Industrie stärken die Wettbewerbsfähigkeit und sichern die Talente der Zukunft“ im Haus der Industrie in Wien statt. Organisiert wurde er von der Industriellenvereinigung und der TU Austria.

Um den österreichischen Wirtschaftsstandort wieder nach vorne zu bringen, müssen wir in den Schlüsseltechnologien der Zukunft wie etwa der künstlichen Intelligenz oder Weltraumtechnologien international wettbewerbsfähig werden. Dazu ist es erforderlich, dass Innovationen aus der Forschung rasch und konsequent in konkurrenzfähige Produkte und Dienstleistungen umgewandelt werden. Dies kann nur gelingen, wenn Wissenschaft und Industrie in klugen Allianzen strategisch zusammenarbeiten. Das Podium betonte die große Bedeutung der Zusammenarbeit in Innovationsökosystemen als zentralen

Erfolgsfaktor. Der Technischen Universität Eindhoven („TU/e“) kommt in diesem Kontext eine wichtige Vorbildfunktion für die österreichischen Universitäten zu.

Gemeinsam die Talente der Zukunft ausbilden

Ein weiterer Baustein des zukünftigen Wohlstands ist die Verfügbarkeit von MINT-Talenten. Derzeit sind Österreichs Unternehmen von einem Fachkräftemangel insbesondere in den MINT-Berufen betroffen. Hier haben die österreichischen Universitäten eine besonders wichtige Rolle: MINT-Kompetenzen und Future Skills müssen in der Hochschul-



Der 6. Hochschulpolitische Dialog war hochkarätig besetzt

ausbildung verankert sein. Durch eine praxisnahe Qualifizierung und ein breites Upskilling können die Talente der Zukunft und bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen fit für die Herausforderungen von morgen werden. Wertvolle Diskussionsbeiträge wurden gestaltet von Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF), Peter Moser

(Montanuniversität Leoben und TU Austria), Christoph Neumayer (Industriellenvereinigung), Pascal Hetze (Stifterverband Berlin), Robert-Jan Smits (ehem. Eindhoven University of Technology), Mirjam Storim (Siemens), Horst Bischof (Technische Universität Graz), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius) und Barbara Weitgruber (BMFWF).

IV und Sozialpartner skizzieren Schritte zur Zukunft der Fachhochschulen

Ein neues Positionspapier rückt die Bedeutung des FH-Sektors ins rechte Licht: Ziel sind mehr Studienplätze, zukunftsorientierte Studienprogramme und nationale sowie internationale Vernetzung.

Die Fachhochschulen sind heute unverzichtbar für die akademische Berufsausbildung, für die Gestaltung der digitalen Transformation sowie als Partnerinnen der Wirtschaft und Wissenszentren in den Regionen. Anlässlich des 30-Jahr-Jubiläums der Fachhochschulen hat die Industriellenvereinigung gemeinsam mit den Sozialpartnern (AK, WKO und ÖGB) in einem gemeinsamen Positionspapier Vorschläge zur nachhaltigen Stärkung und zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Fachhochschul-Sektors skizziert. Kernanliegen sind unter anderem zukunftsorientierte Studienprogramme, die Schaffung von jährlich 1.200 zusätzlichen Studienplätzen im MINT-Bereich, eine zeitgemäße Finanzierung sowie mehr Kooperation und Vernetzung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Diese Anliegen wurden am 28. März im Beisein von Eva-Maria Holzleitner, Bun-



V.l.n.r.: Generalsekretär Christoph Neumayer (IV), Bereichsleiterin Bildung Ilkim Erdost (AK), stv. Generalsekretärin Mariana Kühnel (WKO), Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner (BMFWF), Alexander Prischl, Referatsleiter für Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik (ÖGB)

desministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung, bei einer Veranstaltung an der FH Campus Wien präsentiert. Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, betonte: „Die Zukunft unserer Industrie ist voller Chancen und attraktiver Karrierewege.

Wir bieten jungen Menschen die Möglichkeit, mit einer Ausbildung im MINT-Bereich etwas zu bewegen, innovativ zu sein und die großen gesellschaftlichen Herausforderungen mitzugestalten. Unsere Fachhochschulen sind zweifelsohne eine Erfolgsstory – mit einer hohen Er-

DAS
POSITIONS-
PAPIER FINDEN
SIE HIER:



folgsquote und enger Praxisnähe.“ Dazu trage ein modernes Studienangebot bei, das auch die heute drängenden Themen wie KI und Digitalisierung aufgreift. „Fachhochschulen müssen mehr und mehr zu Transfer- und Wissenszentren werden, die regionale, nationale und internationale Vernetzung fördern und Kooperationen mit der Wissenschaft und Industrie forcieren. So können wir unsere Innovationskraft in Österreich stärken und die Zukunft unserer Industrie sichern – und das mit engagierten und exzellent ausgebildeten MINT-Talenten“, ergänzte Neumayer.

EINSTIEGSMÖGLICHKEIT IN UNTERNEHMEN FÜR UKRAINISCHE FACHKRÄFTE

Der Professional Integration HUB bietet einen individuellen Matching-Prozess zwischen österreichischen Unternehmen und Fachkräften aus der Ukraine. Die Ausschreibung ist derzeit geöffnet.

Der Professional Integration HUB vermittelt mittel bis hoch qualifizierte Personen, die im Zuge des Angriffskriegs aus der Ukraine nach Österreich vertrieben wurden, an österreichische Unternehmen, damit diese dort mindestens

drei Monate Arbeitspraxis absolvieren können. Die teilnehmenden ukrainischen Fachkräfte weisen mindestens drei Jahre Berufserfahrung auf – oft auch in technischen Berufsfeldern. Sie sprechen fließend Englisch und haben Deutschkenntnisse auf B1- oder B2-Niveau. Das

von der ERSTE Stiftung finanzierte Programm übernimmt dabei den individuellen Matching-Prozess zwischen Unternehmen und Fachkräften, denen sie auch ein Begleitprogramm anbietet. Für die derzeit laufende Ausschreibungsrunde stehen finanzielle Mittel für 14

Vollzeitpraktika ab September 2025 zur Verfügung, weitere unternehmensfinanzierte Praktikumsplätze sind herzlich willkommen. Interessierte Unternehmen können sich ab sofort hier melden: www.professionalhub.at

Neuer Vorstand der Jungen Industrie Oberösterreich stellt sich vor – Staffelübergabe beim Sommerfest am 6. Juni 2025

Die Junge Industrie Oberösterreich startet mit einem neu gewählten Vorstand in die Zukunft.

Ein engagiertes Team junger Unternehmerinnen und Unternehmer wurde gewählt, das künftig die Interessen aufstrebender Führungskräfte und Unternehmer in Oberösterreich vertreten und neue Impulse setzen wird.



Maximilian Priglinger (links) und Lennart Braun (rechts) gemeinsam in Japan.

Wir freuen uns, den **neuen Vorstand der Jungen Industrie Oberösterreich bekannt zu geben:**
Vorsitzender: Lennart Braun (Braun Maschinenfabrik Gesellschaft m. b. H.)
Stellvertreter: Maximilian Priglinger (Biohort GmbH)
Mitglieder: Michael Asamer (Asamer Kies- und Betonwerke GmbH), Nikolaus Bauer-Harnoncourt (AGATEX Feinchemie GmbH), Valerie-Sophie Hojas (Ebner Strom GmbH), Maximilian Pöttinger (Pöttinger Entsorgungstechnik GmbH), Christina Rami-Mark (Mark Metallwarenfabrik GmbH), Stefan Wagner (JOSKO Fenster und Türen GmbH)

Besonders erfreulich: **Der neue Vorstand ist bereits aktiv im Einsatz** – aktuell befindet sich eine Delegation der Jungen Industrie auf der **Expo in Japan**, um internationale Kontakte zu knüpfen, neue Impulse zu sammeln und den Wirtschaftsstandort Oberösterreich sichtbar zu machen. Diese Reise steht symbolisch für das Selbstverständnis des neuen Teams: offen, vernetzt und zukunftsorientiert.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz besonders bei Maximilian Priglinger (Biohort GmbH und Ascendor

GmbH) für sein Engagement und seinen außerordentlichen Einsatz in den letzten sechs Jahren, in denen er Vorstandsvorsitzender war, bedanken. Er bleibt uns als stellvertretender Vorsitzender weiterhin erhalten.

Auch den scheidenden Vorstandsmitgliedern – Laura Wiesner (Wiesner-Hager Möbel GmbH), Elisa Schatzdorfer (Schatzdorfer Gerätebau Gesellschaft m. b. H. & Co. KG) und Hubert Stöhr (Brauerei Schloss Eggenberg Stöhr GmbH & Co KG) möchten wir herzlich danken. Ihr Beitrag bleibt unvergessen – **ein aufrichtiger Dank für euren Einsatz und euer Wirken!**

Die feierliche Staffelübergabe findet im Rahmen unseres Sommerfests am **6. Juni 2025** statt. Es ist der passende Moment, um gemeinsam zurückzublicken, Danke zu sagen – und den neuen Vorstand gebührend willkommen zu heißen.

Mit dem neuen Vorstand und dem bewährten Netzwerk junger Entscheidungsträger sehen wir einer dynamischen Zukunft entgegen – geprägt von Innovationskraft, Verantwortung und gemeinschaftlichem Gestaltungswillen.

AVISO: JI-BUNDESTAGUNG IN KÄRNTEN

Die Landesgruppe Kärnten und JI-Bund laden zur heurigen Bundestagung nach Kärnten ein.

Von 2. bis 4. Oktober erwarten dich spannende Keynotes und Diskussionen, exklusive Blicke hinter die Kulissen der vielfältigen Kärntner Industrie, natürlich bezaubernde Alpe-Adria-Momente und abwechslungsreiche Kulinarik sowie Netzwerken mit JI-Mitgliedern aus ganz Österreich und dem Präsidium der Kärntner IV in der Hightech- und Industrieregion im Süden Österreichs. Sei unbedingt dabei!

KONTAKT

Anmeldungen bis spätestens 15. Juni sowie weitere Auskünfte unter: kaernten@jungeindustrie.at.



Pensionsreförmchen

Hochfliegende Rhetorik, tief hängende Latten.

Die neue „Pensionsreform“, die ÖVP, SPÖ und NEOS als „größte Reform seit 20 Jahren“ feiern, ist bei näherer Betrachtung wohl nicht mehr als eine Sammlung von Einzelmaßnahmen. Die drängenden Probleme des österreichischen Pensionssystems werden damit definitiv nicht gelöst. Wieder einmal wählen wir in österreichischer Manier den Weg des geringsten Widerstands: nur oberflächliche Maßnahmen, wenig ambitionierte Ziele, keine langfristige Vision.

Die geplanten Änderungen – wie die schrittweise Anhebung des Antrittsalters der Korridorpension und die Einführung der Teilpension – sind keine nachhaltigen Lösungen für das zentrale Problem: Unser Pensionssystem ist nicht mehr generationengerecht finanzierbar. Was wir dringend brauchen, sind langfristige systemische Reformen.

Gerade in Anbetracht unserer Staatsfinanzen müssen wir daher endlich über eine massive Stärkung der zweiten und dritten Säule sprechen. Andere OECD-Länder, die ihr staatliches System durch kapitalgedeckte Elemente ergänzten, haben ihre Pensionen nachweislich dadurch gesichert.

Neben der sofortigen Aussetzung des Pensionserhöhungsautomatismus müssen wir nichtsdestotrotz unser gesetzliches Antrittsalter erhöhen. Nur so erhöhen wir nämlich effektiv auch gleichzeitig unser faktisches Antrittsalter.

Allen Studien und Statistiken zum Trotz besitzen Politiker nicht den Mut, ehrlich mit den Problemen des größten staatlichen Budgetpostens umzugehen – und das, obwohl aktuelle Pensionistinnen und Pensionisten ohnehin nicht betroffen wären.

Aus der proklamierten Reform ist leider nur ein Reförmchen geworden. Wo bleibt endlich eine ambitionierte Vision, die über symbolische Veränderungen hinausgeht?

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie





75 Jahre EU: Europa muss sich wieder auf seine Stärken konzentrieren

Vor 75 Jahren, am 9. Mai 1950, schlägt der französische Außenminister Robert Schuman vor, die Kohle- und Stahlindustrie der westeuropäischen Länder zu vereinen – heutzutage wird der 9. Mai von der Europäischen Union als „Europatag“ gefeiert. 2025 feiert die Republik Österreich 30 Jahre EU-Mitgliedschaft, am 1. Jänner 1995 trat Österreich der Europäischen Union bei.

Knapp zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher stimmten in der Volksabstimmung 1994 für den Beitritt Österreichs zur EU. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat unserem Land seither zahlreiche neue Chancen und Möglichkeiten eröffnet; gerade in den letzten Jahren wurde die Kritik an der EU aber auch deutlich lauter.

Die Stärken:

Der 1993 eingerichtete EU-Binnenmarkt ist eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union. Er garantiert die vier Freiheiten, also den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital im gesamten Gebiet der EU. Der Binnenmarkt ermöglicht es den Bürgern der EU, in der gesamten EU zu leben und zu arbeiten, wodurch ihnen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden. Er eröffnet den Verbrauchern eine größere Auswahl an hochwertigen Dienstleistungen und Produkten, bei denen sie darauf vertrauen können, dass sie sicher und umweltfreundlich sind. Der Binnenmarkt stimuliert den Handel, da er die EU zu einem wichtigeren Handelspartner auf globaler Ebene macht. Er fördert Wachstum und Wettbewerb und schafft neue Chancen für

EU-Unternehmen, die Zugang zu einem Binnenmarkt mit 449 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern haben.

Zum europäischen Binnenmarkt gehören die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Island und Liechtenstein (über den Europäischen Wirtschaftsraum). Die Schweiz hat (über bilaterale Abkommen) teilweise Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Mit rund 447 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, 23 Millionen Unternehmen und 15 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung (BIP) ist er der größte integrierte Binnenmarkt der Welt. Das macht die EU neben China und den Vereinigten Staaten zu einem der drei größten Akteure im internationalen Handel. Seit 1995, dem Jahr des österreichischen EU-Beitritts, haben sich die Exporte in den europäischen Binnenmarkt mehr als verdreifacht. Knapp 71 Prozent der Exporte von Waren und Dienstleistungen aus Österreich gehen aktuell in andere EU-Mitgliedstaaten. Mehr als 1,2 Millionen Jobs hängen direkt oder indirekt von der Exportwirtschaft ab. 26,7 Prozent der globalen Auslandsinvestitionen wurden im Zeitraum 2020 bis 2022 in der EU getätigt. Ausländische Direktinvestitionen in Österreich haben sich von rund 16 Milliarden

Euro im Jahr 1995 auf rund 205 Milliarden Euro im Jahr 2023 mehr als verzehnfacht.

Die Schwächen und die Zukunft:

Die EU war früher ein Schwergewichtsböxer und ist heute ein Bodybuilder – posen statt kämpfen, imponieren statt gewinnen steht im Mittelpunkt. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas hat massiv gelitten. Im „Woke-Europe“ ging vergessen, was die wirklich wichtigen Funktionen der EU sind – nämlich friedenssichernd und geeint aufzutreten sowie wirtschaftlich bärenstark, wettbewerbsfähig und technologisch führend die Zukunft zu gestalten. Europa steht heute vor der größten Herausforderung seit 1945. Das alte Geschäftsmodell mit militärischer Verteidigung durch die USA, günstiger Energie aus Russland und Export nach China gehört der Vergangenheit an. Die Überregulierung und die „ever closer Union“ hatte den Brexit und wirtschaftlichen Stillstand zur Folge. Eine Repriorisierung ist notwendig, 600 Jahre Dominanz europäischer Ideen sind zu Ende, das Gravitationszentrum verschiebt sich in den Indopazifik. Europa muss sich auf seine Stärken konzentrieren und den Binnenmarkt noch stärker integrieren: bei Energie, am Kapitalmarkt und im



Bankensektor. Die Vielfalt Europas muss wieder zur Innovationsstärke werden, und daraus muss Europa auch ein wirtschaftliches Geschäft machen. Mit Blick auf die Zukunft ist der Binnenmarkt der Schlüssel zum Erfolg des grünen und des digitalen Wandels in der EU, das Kernstück der neuen Industriestrategie der EU und ein Motor für die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum und den Wiederaufschwung der EU.

Joachim Haindl-Grutsch
Geschäftsführer IV-ÖÖ

Humanoide Roboter im Anmarsch

Eine aktuelle IV-OÖ-Studie zeigt: Humanoide Roboter stehen kurz vor der Serienreife. Ihre betrieblichen Einsatzgebiete sind vielfältig, damit haben sie enorme Relevanz für Oberösterreichs Industrie. Zahlreiche internationale Anbieter stehen vor der Serieneinführung, ein Markt entwickelt sich, die Kosten sinken.

Die Automatisierung industrieller Prozesse ist kein Zukunftsszenario mehr, sondern längst Realität. Doch mit dem Aufkommen humanoider Roboter betritt die Entwicklung eine neue Phase. Eine aktuelle Studie der Industriellenvereinigung Oberösterreich liefert eine Übersicht über den Stand der Technik, Perspektiven und wirtschaftliche Relevanz humanoider Roboter für die Industrie.

Roboter sind mittlerweile in der industriellen Praxis allgegenwärtig. Nach einer Umfrage von Fraunhofer Austria planen 82 Prozent der österreichischen Unternehmen weitere Investitionen in Roboter, um insbesondere die Wirtschaftlichkeit zu steigern, die Produktivität zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Dabei verfügen bereits 33 Prozent der österreichischen Unternehmen über kollaborationsfähige Industrieroboter, die über fortgeschrittenere Fähigkeiten verfügen als klassische Industrieroboter.

Die wirtschaftlichen Gründe sind eindeutig: steigende Personalkosten, Fachkräftemangel und der Druck, Produktivität und Qualität zu erhöhen. Der Blick

richtet sich nun auf humanoide Roboter – Maschinen, die mit menschenähnlicher Gestalt und Bewegung konstruiert sind, um in klassischen Arbeitsumgebungen Aufgaben zu übernehmen, die bislang menschliche Arbeitskraft voraussetzten.

Humanoide Roboter unterscheiden sich grundlegend von klassischen Industrierobotern. Sie sind nicht an spezifische Prozesse gebunden, sondern können aufgrund ihrer Bauweise und Sensorik in bestehende Infrastrukturen integriert werden. Insgesamt analysiert die IV-Studie 14 international entwickelte Modelle; darunter Produkte von Tesla, SoftBank, Boston Dynamics und weiteren Herstellern aus den USA, China, Europa und Japan. Die Einsatzbereiche sind vielfältig: von der Produktion und Logistik über den Bau bis zum Dienstleistungsbereich. Besonders bemerkenswert ist, dass humanoide Roboter ohne große Umbauten direkt in menschliche Arbeitsumgebungen integriert werden können – was die Einstiegshürden für den industriellen Einsatz deutlich senkt.

Technologisch beruhen die Fortschritte auf Entwicklungen in vier

Schlüsselbereichen: künstliche Intelligenz, Sensorik, Energienutzung und Materialien. Die nächste große Hürde ist die Kombination dieser Einzelfähigkeiten in einem leistungsfähigen Gesamtsystem. Doch der Markt reagiert bereits: Während der Preis für humanoide Roboter bislang noch deutlich über dem konventioneller Roboter lag, sinken die Kosten durch Fortschritte bei KI-Chips, Batterien und Produktionsprozessen deutlich – in Richtung Cobots, also kollaborativer Roboter.

Laut Goldman Sachs könnte der Markt für humanoide Roboter bis 2035 auf ein Volumen von 38 Milliarden US-Dollar anwachsen; Markets and Markets sieht bereits 2029 ein Marktvolumen von über 13 Milliarden Dollar. Bis 2030 sollen laut Schätzungen mehr als 250.000 humanoide Roboter weltweit für industrielle Anwendungen ausgeliefert werden, bis Ende der 2030er-Jahre sogar bis zu eine Million pro Jahr. Morgan Stanley rechnet im US-Markt mit bis zu 63 Millionen humanoiden Robotern bis 2050. Getrieben wird dieses Wachstum vor allem durch den demografischen Wandel, steigende Löhne und die zunehmende technische Reife der Cobots.

Für den Industriestandort Oberösterreich sind diese Entwicklungen hoch relevant. Humanoide Roboter könnten in den kommenden Jahren einen Beitrag leisten, um den Fachkräftemangel abzufedern, repetitive oder gefährliche Aufgaben zu übernehmen und dabei Flexibilität und Effizienz zu erhöhen.



Mehr Automatisierung als Antwort

Am 28. April 2025 fand die zweite Ausgabe der Veranstaltungsreihe „Innovationswerkstatt – Praxisworkshop für digitale Technologien in der Industrie“ statt. Im Fokus stand diesmal der Einsatz von Robotik als strategische Antwort auf steigende Kosten, Fachkräftemangel und den globalen Wettbewerbsdruck.

Die von der IV-OÖ initiierte Innovationswerkstatt bietet eine Plattform für den praxisnahen Austausch zu Digitalisierung und Automatisierung. Ziel ist es, Unternehmen anhand konkreter Anwendungsbeispiele Impulse für technologische Weiterentwicklung zu geben und den Wissenstransfer in der Industrie zu fördern.

DI (FH) Peter Pfarrhofer, KUKA CEE GmbH, Markus Forstinger, Bereichsleiter für Verfahrens- und Technologieentwicklung bei STIWA, und DI (FH) Dr. Johannes Kaar, CFO der Nordfels GmbH, gaben in ihren Impulsstatements spannende Einblicke in die Welt der industriellen Robotik.

Peter Pfarrhofer unterstrich in seinem Beitrag die zentrale Rolle von Robotik als Schlüsseltechnologie für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit. Robotik gehe heute weit über die klassische Automatisierung hinaus – gefragt seien intelligente, vernetzte Systeme, die sich flexibel in unterschiedliche Produktionsprozesse einfügen und sicher mit Menschen zusammenarbeiten können. Kollaborative Roboter seien bereits in vielen Bereichen erfolgreich im Einsatz. Mit Blick auf humanoide Roboter betonte Nagler, dass diese derzeit noch am Anfang ihrer industriellen Nutzbarkeit

stünden, langfristig aber bedeutende Potenziale bieten – insbesondere dort, wo herkömmliche Automatisierungslösungen an Grenzen stoßen. Ihr menschenähnliches Design ermögliche den Einsatz in Umgebungen, die für klassische Industrieroboter nicht geeignet sind.

Markus Forstinger sprach über die wachsende Bedeutung von Robotik in der industriellen Wertschöpfung. Er betonte, dass Robotik längst nicht mehr nur für Großserienproduktion relevant sei, sondern zunehmend in unterschiedlichste industrielle Anwendungen vordringe – auch in variantenreiche oder komplexe Prozesse. Entscheidende Faktoren seien dabei nicht nur die Automatisierung selbst, sondern vor allem die Fähigkeit moderner Robotersysteme, flexibel, skalierbar und intelligent auf wechselnde Produktionsbedingungen zu reagieren. Robotik sei damit kein isoliertes Werkzeug mehr, sondern ein integraler Bestandteil zukunfts-fähiger Fertigungsstrategien.

Johannes Kaar betonte in seinen Ausführungen das große ungenutzte Potenzial von Robotik im industriellen Umfeld. Besonders dort, wo aufgrund von Fachkräftemangel, ergonomischer Belastung oder monotonen Tätigkeiten Grenzen

erreicht würden, könnten Roboter sinnvoll unterstützen. Der Fokus liege dabei nicht auf dem Ersatz menschlicher Arbeitskraft, sondern auf deren gezielter Entlastung. Roboter seien vor allem in stabilen, wiederholbaren und sicherheitsrelevanten Prozessen eine wertvolle Ergänzung – mit direktem Nutzen für Produktivität und Qualität. Voraussetzung für den erfolgreichen Einsatz sei jedoch die intelligente Integration in bestehende Produktionsumgebungen sowie eine

durchdachte Prozessgestaltung. „Technologisches Feingefühl und betriebliche Realität müssen dabei Hand in Hand gehen“, so Kaar.

Die Robotik wird eine entscheidende Rolle in der Transformation der Industrie spielen. Die Innovationswerkstatt verdeutlicht, wie wichtig dabei der branchenübergreifende Austausch und die Zusammenarbeit für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sind.



Wirtschaft verstehen

Die Verbesserung der Wirtschaftsbildung ist ein zentrales Anliegen der IV-OÖ. Im Rahmen der Kampagne „Spielregeln der Wirtschaft im RealityCheck“ erklärt JKU-Professor Teodoro Cocca in Videoclips zentrale Wirtschaftsbegriffe und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung des Wohlstands.

Wie funktioniert unsere Wirtschaft wirklich – und warum ist es so wichtig, dass sie funktioniert? Mit der Kampagne „Spielregeln der Wirtschaft im RealityCheck“ geht die IV-OÖ genau diesen Fragen nach. Ziel ist es, zentrale Begriffe und Mechanismen unseres Wirtschaftssystems zu erklären – klar, verständlich und lebensnah.

Universitätsprofessor Dr. Teodoro Cocca, stv. Institutsvorstand für betriebliche Finanzwirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz, analysiert in kurzen, prägnanten Videos ökonomische Grundbegriffe und ordnet sie für eine breite Öffentlichkeit verständlich ein. Cocca legt dabei besonderen Wert auf Differenzierung und Relevanz im Alltag: Warum ist Wettbewerb kein Selbstzweck, son-

dern Voraussetzung für Innovation? Was unterscheidet Kapitalismus von Planwirtschaft – und warum ist das mehr als nur ein ideologischer Gegensatz? Die Clips sollen nicht belehren, sondern Bewusstsein schaffen, denn wer Wirtschaft versteht, kann wirtschaftliche Entwicklungen besser einordnen – gerade in einer Zeit globaler Krisen und wachsender Komplexität. Besonders junge Menschen sol-

len so für wirtschaftliche Zusammenhänge sensibilisiert werden – ein Anliegen, das angesichts wachsender wirtschaftlicher Desinformation und vereinfachender Narrative von besonderer Relevanz ist.

WEBTIPP

Hier geht es zu den Videos:
www.wirerzeugenzukunft.at

Nur ein Weg führt zu mehr Wohlstand

Ein schlanker Staat mit sinkender Steuerquote, mehr Marktwirtschaft und internationale Zusammenarbeit sowie eine wettbewerbsfähige Industrie und eine Gesellschaft, die Leistung belohnt, sind die Voraussetzung für mehr Wohlstand in Österreich.

Alle aktuell veröffentlichten Zahlen sind Zeugnis einer Entwicklung, die die Industriellenvereinigung Oberösterreich seit drei Jahren thematisiert: Österreich steckt in der Rezession fest, trotz Rekordsteuerquote weist das Land ein Rekordbudgetdefizit auf. Der Standort Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem und kein Konjunktur-, sondern ein Strukturproblem.

Neben der Notwendigkeit einer kurzfristigen Stimmungsaufhellung benötigt der Standort Österreich auch einen Paradigmenwechsel und eine Rückkehr zur Erfolgsformel vergangener Jahrzehnte. Ein Vollkaskostaat, der für alles und jeden Geld mit dem Füllhorn ausschüttet, und eine Work-Life-Balance-Gesellschaft, die

ihr Heil in immer kürzeren Arbeitszeiten und in der Frühpension sucht, sind ein wirksames Konzept für den Abstieg eines Landes und seiner Bürger. Es braucht jetzt keine Optimierung IM System, sondern eine Optimierung DES Systems. Nur ein schlanker Staat mit sinkender Steuer- und Abgabenquote, der die Kräfte der Marktwirtschaft wirken lässt, der auf europäische und globale Zusammenarbeit setzt, internationalen Handel forciert und die Standortrahmenbedingungen so gestaltet, dass seine im weltweiten Wettbewerb stehende Industrie im Land erfolgreich produzieren und innovieren kann, und der die Leistung der Menschen belohnt, wird Wohlstand vermehren und ein dichtes Sozialnetz sowie eine moderne Infrastruktur zur Verfügung stellen können. Auf den Pfad dieses Erfolgsaxioms sollte

Österreich möglichst rasch zurückkehren. Die Industriellenvereinigung Oberösterreich thematisiert diese Entwicklungen und betont die Notwendigkeit einer Neuausrichtung. Im Zentrum stehen drei zentrale Themen, die auf ein gemeinsames Ziel hinwirken: mehr Wohlstand für alle.

1. Schlanker Staat

Ein erster Hebel liegt in der effizienten Gestaltung des Staates. Eine konsequente Senkung der Staatsausgaben, ein Abbau der Bürokratie und eine spürbare Reduktion der Steuer- und Abgabenquote sind notwendig. Ein effizienter Staat schafft Raum für Wachstum und Wohlstand.

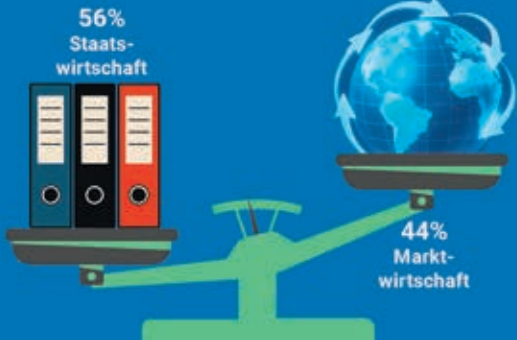
2. Mehr Marktwirtschaft

Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Marktwirtschaft und der

internationalen Zusammenarbeit. Derzeit werden bereits rund 56 Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung staatlich gelenkt. Die Senkung der Staatsquote, die Stärkung des Wettbewerbs und die Förderung von Innovation durch offene Märkte stehen im Mittelpunkt. Der Ausbau internationaler Handelsbeziehungen ist dabei ebenso zentral wie das Vertrauen in unternehmerische Eigenverantwortung.

3. Wettbewerbsfähige Industrie

Der dritte Punkt betrifft die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und die Leistung der Menschen. Eine im globalen Wettbewerb stehende Industrie benötigt wettbewerbsfähige Standortrahmenbedingungen. Anreize müssen Einsatz und Engagement der Menschen belohnen und nicht bestrafen!



**MEHR Marktwirtschaft
+ INTERNATIONALE Zusammenarbeit
= MEHR Wohlstand**

INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
OBERÖSTERREICH

wirerzeugenzukunft.at





**WETTBEWERBSFÄHIGE Industrie
+ MEHR Leistung
= MEHR Wohlstand**

INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
OBERÖSTERREICH

wirerzeugenzukunft.at





**SCHLANKER Staat
+ WENIGER Steuern und Abgaben
= MEHR Wohlstand**

INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
OBERÖSTERREICH

wirerzeugenzukunft.at

